

Bieler Tagblatt
2501 Biel
032/ 321 91 11
www.bielerntagblatt.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 25'181
Parution: 6x/semaine

N° de thème: 721.50
N° d'abonnement: 1077879
Page: 15
Surface: 51'986 mm²

Ein Ja mit dem Warnfinger



Das ist der neue **Mauertyp**, der die Mehrkosten verursacht hat. Der Grosse Rat sprach gestern den Kredit.

Bild: Olivier Gresset/a

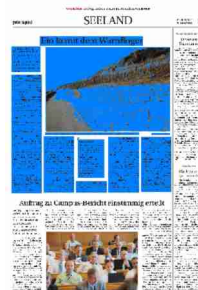
Der **Grosse Rat** hat den Nachtragskredit für die teureren Rebmauern am Bielersee deutlich gutgeheissen. Aber nicht, ohne am Verursacher der Mehrkosten heftig Kritik zu üben.

me. Ein neuer Mauertyp mit kleineren Steinen und kleineren Fugen, wie dies die Stiftung Landschaftsschutz für die Rebmauern zwischen Ligerz und Alfermée

forderte, hat den Grossen Rat in ein Dilemma gestürzt. Nachdem dieser vor gut sechs Jahren einen Kantonsanteil von 4,7 Millionen für die Rebgüterzusammenlegung genehmigte, ging es gestern um weitere 900 000 Franken, um die teureren Mauern zu finanzieren. Weitere 300 000 Franken an die Mehrkosten kommen gemäss Vorlage aus dem Lotteriefonds, eine Million Franken zahlt der Bund, 430 000 Franken müssen die Rebbauern bezahlen.

Mit Nein nichts zu gewinnen

Es sei bedauerlich, dass Schutzorganisationen einen solchen Einfluss geltend machen können, sagte Hansrudolf Feller (Steffisburg) namens der FDP-Fraktion. Sie hatte den Antrag gestellt, das Geschäft abzulehnen. Auf der anderen Seite war die Erkenntnis, dass mit einem Nein nichts zu gewinnen ist. Mit der Ablehnung des Zusatzkredits wären die geplanten Infrastruktur-Verbesserungen in den Rebbergen in Frage gestellt. «Nicht der Verursacher dieser Mehrkosten wäre der Leidgeplagte, sondern die Rebbaue-



Bieler Tagblatt
2501 Biel
032/ 321 91 11
www.bielertagblatt.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 25'181
Parution: 6x/semaine

N° de thème: 721.50
N° d'abonnement: 1077879
Page: 15
Surface: 51'986 mm²

ern», kritisierte Feller. Um der Sache willen zog die FDP ihren Ablehnungsantrag deshalb zurück und belies es dabei, ein Zeichen zu setzen.

Geschäfte besser prüfen

Ein Zeichen, das ganz im Sinne von Landwirt Fritz Ruchti (SVP, Seewil) war. Wenn eine Schutzorganisation wie die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz komme, und ein bewilligtes Projekt nachträglich ändere, weil es nicht land-

schaftsverträglich sei, dann könne es nicht sein, dass die direkt Betroffenen, also die Winzer, alles zahlen müssen. Er gab dem Regierungsrat mit auf den Weg, solche Änderungen künftig nur noch zuzulassen, wenn die Verursacher selber für die Kosten aufkommen. «Ich verlange vom Regierungsrat, dass er die Geschäfte künftig seriöser prüft.» Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher hielt Ruchti entgegen, dass man genau das getan habe. «Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, die Regierung habe einfach das

übernommen, was man ihr aufs Auge gedrückt hat.» Er verwies darauf, dass die Schutzorganisationen 1,2 Millionen Franken für die Trockenmauern selber aufbringen und auch der Bund seinen Beitrag an den Mehrkosten leistet. Rickenbacher gab zu, dass auch er wenig Freude an der Vorlage habe. Aber: «Es ist ein Kompromiss, mit dem man leben kann.» Entsprechend deutlich, mit 121 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen, nahm der Grosse Rat den Nachtragskredit an.

Sehr erfreut über das deutliche Ja zeigte sich Raimund Rodewald, der Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz. Er spricht von einem Modellfall, wie man in einer Konfliktsituation einen Kompromiss gefunden habe. Er verwahrte sich aber gegen die Kritik aus dem Parlament, wonach er für die Mehrkosten verantwortlich sei. «Wir haben im letzten Moment den Finger auf den wunden Punkt gehalten, damit die Landschaft nicht zerstört wurde.» Nach dieser Intervention

hätten sämtliche beteiligten Stellen bestätigt, dass es so nicht gehe.

Zufrieden zeigte sich auch Peter Feitknecht, Präsident der Genossenschaft, die die Rebgrütersammenlegung abwickelt. «Jetzt können wir mit dem Projekt weiterfahren.» Er spricht im Nachhinein vom «einfachsten Ausweg», den es aus der Situation gegeben habe, vom «kleineren Übel». Die Anpassung der Rebmauern ändere aber nichts daran, dass weiterhin Wanderer von Biel nach Schafis unterwegs seien, die Winzer könnten nicht mehr Wein ins Berner Oberland liefern und die Qualität bleibe sich ebenfalls gleich. Denn auch an den Zugängen für die Maschinen ändere sich durch die Anpassung nichts. Die Euphorie von Raimund Rodewald, was den gefundenen Kompromiss betrifft, teilt er nicht. Es sei halt so, dass in der Schweiz Minoritäten über Mehrheiten entscheiden könnten. Aber wie gesagt: «Jetzt können wir weiterbauen.»

Das Projekt

- Die Infrastrukturverbesserungen bei der Rebgrütersammenlegung wurden 2004 auf 14,2 Millionen Franken geschätzt.
- Die **Schätzung** basierte auf der Rebgrütersammenlegung Schafis.
- Der **Neulandtritt** hat im Januar 2009 stattgefunden.
- Von den Bauarbeiten sind 20 Prozent realisiert.
- Der **Abschluss** ist für 2016 vorgesehen. (me)